Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.

Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 230. Mittwoch den 3. October. 1849.

Berlin, den 2. Oktober. Der Landbau-Inspektor Tischler zu Liegnitz ist in gleicher Eigenschaft nach Königsberg i. Pr. versetzt worden.

Se. Excellenz der Staats-Minister a. D., Dr. von Düesberg ist von Erfurt hier angekommen.

Deutschland.

Berlin, den 2. Octbr. Der Prozeß gegen den Geheimen Ober-Tribunalsrath Waldeck ist plötzlich in eine eigenthümliche Lage getreten. Wir erzählen die Thatsachen, wie sie uns bekannt geworden sind. Der Handlungsdiener Ohm hatte im vergangenen Sommer viel mit den Führern der Demokratie verkehrt, anscheinend jedoch nur, um eine Zeitung durch Mittheilungen von deren Thun und Lassen interessant zu machen, sich aber damit zu ernähren. So war er auch mit d'Ester in Berührung gekommen, und hatte, als dieser zur Zeit der in Sachsen und Baden ausbrechenden Aufstände Berlin verließ, bei den hiesigen Demokraten dadurch sich Ruf zu verschaffen gesucht, daß er ihnen Briefe, die von d'Ester geschrieben sein sollten, vorzeigte. Zu gleicher Zeit verfolgte er dabei seinen literarischen Zweck, und kam zu diesem Behuf mit einem Mitarbeiter jener Zeitung tagtäglich zusammen, um ihm die erschlichenen Neuigkeiten zu hinterbringen. Aber auch hier erregte er Mißtrauen; man mochte wohl glauben, daß er viel mehr wisse, als er erzählte, und es soll daher von dem gedachten Mitarbeiter eine Anzeige an das Polizei-Präsidium ergangen sein, in welcher das Treiben des Ohm geschildert, und darauf aufmerksam gemacht sein soll, daß eine Beschlagnahme seiner Papiere zu großen Entdeckungen führen könnte. So erschienen denn im Anfang des Monats Mai vier Polizeibeamte in der Wohnung des Ohm, zeigten ihm einen Verhaftsbefehl vor und nahmen seine Papiere in Beschlag. Man transportirte ihn nach der Stadtvogtei, hier aber fand er Gelegenheit, zu entwischen. Nachdem er sich mehrere Tage im Thiergarten umhergetrieben, ging er nach Hamburg, hier aber wurde er durch den Criminal-Commissar ausgemittelt und verhaftet. Unterdeß waren die bei Ohm in Beschlag genommenen Papiere durchgesehen, und unter denselben zwei Briefe, welche an Hermann Jacobson in Hamburg addressirt, mit einem C. unterzeichnet und mit dem Poststempel Halberstadt und Quedlinburg versehen waren, auch eine Paßkarte mit dem Namen Jacobson vorgefunden worden. Diese Briefe sollen über die Unruhen in Baden und Sachsen vielfache Aufschlüsse geben und unter anderen die Worte: „Gehe doch zu Waldeck und sage ihm, daß seine Briefe an Bakunin in Sicherheit sind", enthalten. In diesen Worten soll Alles liegen, was gegen den Geh. O.-Trib.-R. Waldeck spricht. Auf Grund dieser Briefe, von denen man annahm, daß der Dr. d'Ester sie an Ohm geschrieben, soll Waldeck verhaftet sein. Nach Ohm's Verhaftung soll sich nun herausgestellt haben, daß er mit Waldeck niemals zusammengekommen ist; es sollen jetzt erhebliche Zweifel darüber entstanden sein, ob d'Ester die vorgefundenen Briefe wirklich geschrieben habe, ja es sollen nicht unwichtige Indicien vorliegen, daß Ohm diese Briefe selbst geschrieben. Nach sehr weitläufig geführter Voruntersuchung sind die Akten bereits vor längerer Zeit dem Anklagesenat des Appellationsgerichts zur Beschlußnahme über die Versetzung der beiden Verhafteten, Waldeck und Ohm, in den Anklagezustand, zugegangen, von diesem, der mit großer Unpartheilichkeit die Sachlage geprüft haben soll, soll jedoch vorerst eine Vergleichung der Handschrift der Briefe mit der des Dr. d'Ester angeordnet sein. Diese Vergleichung war bisher nur auf Grund eines bei Ohm gefundenen zerrissenen Zettels, von d'Ester herrührend, erfolgt, man soll aber jetzt andere Handschriften von d'Ester herbeigeschafft haben und deren Vergleichung durch Sachverständige mit den vorgefundenen Briefen jetzt vorgenommen werden. So liegt gegenwärtig der Prozeß, der mithin in der kürzesten Zeit auf die eine oder andere Weise zum Austrag kommen muß.

— Die „A. Z. K." hat aus Brandenburg die Mittheilung erhalten, daß der Oberbürgermeister Ziegler daselbst Sonnabend Abend verhaftet worden ist. Die Anklage lautet auf Hochverrath. Da im Gericht keine Gefängnisse leer sind, so hat man ein Lokal im Militär-Arrest eingerichtet, worin Herr Ziegler sich befindet. Außer der Schildwache vor dem Hause ist noch eine vor der Thüre des Gefängnisses aufgestellt.

— Vom 29. bis 30. September Mittag sind 13 neue Choleraerkrankungen gemeldet, worunter 5 Todesfälle. Aus dem Bestande sind 7 Todesfälle gemeldet. Summa 12. — Man bemerkt, daß seit dem Nachlassen der Cholera außerordentlich viel Erkrankungen an der Grippe vorkommen. (R.-Z.)

— Nach Briefen aus Wien ist Görgey in Klagenfurt vom Grafen Zichy erschossen worden. (N. Pr. Z.)

Köln, den 29. Septbr. Nach einem gestern erfolgten Beschlusse der Rathskammer des hiesigen Appellations-Gerichtes ist die von unserem verhafteten Verleger und Haupt-Redakteur Dr. Becker nachgesuchte Freilassung gegen Kaution, welche die Rathskammer erster Instanz verweigert hatte, gewährt worden. Demnach wird derselbe heute noch in Freiheit gesetzt werden.

Hannover, den 28. Sept. Seit vorigen Sonnabend haben sich jeden Abend die Soldatenschlägereien wiederholt und die Straßen der Stadt wiederum unsicher gemacht. Wir hatten schon gestern gehofft, daß ernsthafte Maßregeln getroffen würden, um der Wiederkehr solcher mit nichts zu entschuldigenden Vorgänge vorzubeugen. Die Kampflust der erbitterten Garnison scheint aber mächtiger zu sein, als die Mittel welche die Disziplin an die Hand giebt. Die Stadt darf erwarten, daß der Friede, dessen sie sich bisher erfreute, nöthigenfalls durch Verlegung der betreffenden Regimenter aufrecht erhalten werde. Die Garnison hat gar keinen Zweck, wenn sie selbst die Sicherheit der Straßen aufhebt. — Wir wollen die Vorfälle nicht wichtiger nehmen, als sie sein mögen. Ein alter Zwist zwischen verschiedenen Waffen soll der Grund sein. Das allein genügt aber nicht, die Excesse zu erklären. (Z. f. N.)

Frankfurt, den 26. September. (Frankf. O.-P.-A.-Z.) Es ist hohe Zeit, der Discussion in der Presse über den neueren Stand der deutschen Verfassungsfrage ein festes Fundament unterzulegen, und zugleich den vielen falschen Angaben und schiefen Raisonnements über den Gegenstand, insbesondere auch in den berliner Correspondenz-Artikeln, ein für allemal ein Ende zu machen. Aus diesem doppelten Grunde will ich die preußische Redaktion des Entwurfs der Einsetzung eines neuen provisorischen Central-Organs für den deutschen Bund mittheilen. Hier der diplomatisch genaue Text dieses Entwurfes, wie solcher von dem königl. preußischen Minister des Auswärtigen unterm 19. August, dem Herrn von Siegeleben officiell mitgetheilt wurde: Art. 1. Oesterreich und Preußen verabreden ein Interim und legen dasselbe den übrigen Regierungen vor, durch welches die Central-Gewalt für den deutschen Bund den genannten beiden Mächten bis zum 26. Mai 1850 anvertraut wird, sofern sie nicht früher an eine definitive Gewalt übergehen kann. Art. 2. Der Zweck des Interims ist die Erhaltung des deutschen Bundes als eines völkerrechtlichen Vereins zur Bewahrung der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit ihrer im Bunde begriffenen Staaten und zur Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands. (Wiener Schlußakte. Art. 1.) Art. 3. Während des Interims bleibt die deutsche Verfassungs-Angelegenheit, insbesondere die Bildung eines engeren Bundesstaates, der freien Vereinbarung der einzelnen Staaten überlassen, dasselbe gilt von den nach Artikel 6 der Bundesakte dem Plenum der Bundes-Versammlung zugewiesenen Angelegenheiten. Artikel 4. Wenn bei Ablauf des Interims die deutsche Verfassungs-Angelegenheit und insbesondere die auf die Bildung des engeren Bundesstaates bezügliche Verhandlung, noch nicht zum Abschluß gediehen ist, so werden die deutschen Regierungen sich über den Fortbestand der hier getroffenen Uebereinkunft vereinbaren. Art. 5. Die seither von der provisorischen Central-Gewalt geleiteten Angelegenheiten, insoweit dieselben nach Maßgabe der Bundesgesetze innerhalb der Competenz des engeren Rathes der Bundesversammlung gelegen waren, werden während des Interims einer Reichscommission übertragen, zu welcher Oesterreich und Preußen je zwei Mitglieder ernennen und welche ihren Sitz zu Mainz nimmt. Art. 6. Die Reichs-Commission führt die Geschäfte selbstständig, unter Verantwortlichkeit gegen ihre Vollmachtgeber. Im Falle der Stimmengleichheit erfolgt die Entscheidung durch Verständigung zwischen den Regierungen von Oesterreich und Preußen, welche erforderlichen Falls einen schiedsrichterlichen Ausspruch veranlassen werden. Die Geschäfte der jetzigen verantwortlichen Reichsministerien gehen an Abtheilungen über, in deren obere Leitung die Mitglieder der Reichs-Commission sich theilen. Art. 7. Sobald die Zustimmung der Regierungen zu diesem Vorschlage erfolgt ist, legen Se. kaiserliche Hoheit der Erzherzog Johann die ihm übertragenen Rechte und Pflichten des Bundes, als ein für die Gesammtheit der Nation zu bewahrendes Gut, in die Hände Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich und Sr. Maj. des Königs von Preußen nieder.

— Aus Karlsruhe trifft hier die Nachricht ein, daß der Frauen-Verein in Köln dem Oberst v. Brandenstein, Kommandanten von Karlsruhe, zur Vertheilung an die verwundeten Preußischen Soldaten die Summe von 1639 Thalern übermacht hat. (D. R.)

München, den 27. Sept. Die Münch. Ztg. enthält einen Nachtrag zu den von dem Staats-Minister des Königl. Hauses und des Aeußern, Dr. von den Pfordten, den Baierischen Kammern vorgelegten Aktenstücken über die Verhandlungen bezüglich der Deutschen Frage: Abänderungs-Vorschläge des Ministers von der Pfordten zu dem Berliner Verfassungs-Entwurfe betitelt.

Oesterreich.

LNB Wien, den 28. September. Gestern fand ein wahres Volkstrauerfest in Wien statt: Johann Strauß, der Liebling Aller, wurde zur Erde bestattet. Schon des Tags über, wo er auf dem Paradebette ausgestellt war, strömten Tausende, namentlich Mädchen und Frauen herbei, um ihn das letzte Mal zu sehen; seine Geige, die mit abgespannten Saiten neben ihm lag, lockte Thränen in unzählige Augen. Hatte sie doch so viele heitere Stunden bereitet. Strauß war namentlich der Tröster und Freudespender der unteren und mittleren Volksklassen in Wien, und das Volk ist dankbar. Nachmittags um 3 Uhr wurde die Leiche in der Stephanskirche eingesegnet und dann hinaus nach Döbling geführt, wo er neben seinem Lehrer und Kunstgenossen Lanner begraben wurde. Wunderbarer Anblick der Volksliebe! An 80,000 Menschen standen auf den Straßen, durch welche der Leichenzug sich bewegte. Von den entferntesten Vorstädten waren Mädchen und junge Männer herbeigeeilt, um dem Liubling das letzte Geleit zu geben; zahlreiche Handwerker sogar hatten Feierabend gemacht. Zwei Militair-Musikkorps, so wie die Orchester von Fahrbach und Ballin hatten sich freiwillig eingestellt, um dem Kompositeur, der ihnen so viele volksthümliche Piecen geschaffen, die letzten Trauermärsche zu spielen. Vor der Linie erwartete der Männergesangverein, erwarteten neue Schaaren den Kondukt. Die Geige des beliebten Meisters, die auf einem schwarzen Sammt-Kissen, wie dem Krieger sein Schwert, dem Leichenwagen nachgetragen wurde, war der Gegenstand allgemeiner Theilnahme. Das mildeste Herbstwetter begünstigte das Zuströmen der Volksmassen, die allenthalben eine ruhige ernste Haltung bewiesen. Bei allem festlichen Gepränge fiel es doch auf, daß am Grabe selbst nicht gesprochen wurde. Sinnige und poetische Nachrufe in gebundener und ungebundener Rede haben ihm in den Wiener Feuilletons Kompert, Bauernfeld, Ludw. Aug. Frankl gewidmet. Strauß hinterläßt kein Vermögen, aber viele Angehörige. Sein Ochester, das ihn zum Grabe trug und das er zu einer Präzision von europäischen Rufe herangebildet hat, bezog manches Jahr 20 bis 25,000 Fl. C.-Mz. von ihm.

(St.-Anz.) Wien, den 28. Septbr. Am 23. d. M. haben die dortigen Schmiedegesellen einen Krawall gegen ihre Innungsvorsteher versucht und sich dabei gegen die Municipalgarde, die einschreiten wollte, widersetzt, so daß die Arretirung der Rädelsführer durch Militär bewirkt werden mußte. In Folge dessen hat die Stadt-Commandantur bekannt gemacht, daß während der Dauer des Ausnahmezustandes auch Widersetzlichkeiten gegen im Dienst begriffene Polizei-Wachtmannschaften und Municipalgarde dem kriegsgerichtlichen Verfahren unterworfen werden.

LNB. Wien, den 29. Septbr. Jetzt tritt eine Geschichte der denkwürdigen Zeit des Oktobers v. J. aus der Feder des viel gewürdigten Otto Hübner in die Oeffentlichkeit, der durch seine finanziellen Schriften, später durch die Redaktion der Allgemeinen Oesterreichischen Zeitung, so lange Schwarzer im Ministerium war, und durch seine Reisen im Interesse des Triester Lloyd, bekannt ist. Vielleicht gelingt es ihm, die inneren Fäden dieser Bewegung zu enthüllen, die ohnerachtet so vieler Augenzeugen noch immer im Dunkeln sind.

— Es verdient anerkannt und besonders nachgeahmt zu werden, daß der Präsident der Grundentlastungs-Kommission in Tirol an seine lieben Landsleute ein allgemein verständliches Rundschreiben erlassen hat, worin er mit einfachen Worten den Zweck der Aufstellung und Zusammensetzung der Grundentlastungs-Kommission ausspricht, und auf diese Weise die Unerfahrenheit und Unwissenheit aufklärt.

— Die Slovakei schickt beinahe ihre ganze Einwohnerzahl als Deputirte, um beim Kaiser für ein slovakisches selbstständiges Kronland zu petitioniren; denn nachdem schon so viele Deputirte deshalb hier sind, so werden für die nächsten Tage noch mehr angekündigt, da beinahe keine slovakische Stadt mit diesem Gesuche zurückbleiben will.

Wien, den 29. Sept. Laut einer Depesche des Feldzeugmeisters Haynau vom Hauptquartier Acs, 27. Sept. 9 Uhr Abends, ist die Festung Komorn übergeben worden. „In der Unterwerfungsakte", berichtet der Lloyd, „ist festgesetzt, daß die Dampfschiffe die Donau sogleich ohne Hinderniß passiren können. Strenger Befehl ist jedoch gegeben worden, daß sie in Komorn nicht eher anlegen dürfen, bis die Festung von Kaiserlichen Truppen besetzt sei. Das erste Dampfschiff wird morgen, Sonntag, von Wien abgehen."

— In der Pesther Zeitung liest man: „Die sogenannte Kossuthsche Kamarilla, bestehend aus seiner Frau, Mutter und der renommirten Kossuth-Zsuzsi, seiner Schwester, war ein integrirender, wenn auch geheimer Theil der freien Ungarischen Regierung, und dieser weibliche Klub hatte, wie man sagt, nicht geringen Antheil an dem verhängnißvollen 14. April. Seine Frau besonders hatte ihn ganz in ihrer Gewalt, ließ sich in Debreczin „Regentin" heißen und träumte oft, daß sie eine Krone auf dem Haupte tragen werde; sie theilte Gnaden aus, und die Erlangung ihrer Gunst war oft demjenigen, der ein Amt suchte, wesentlich nothwendig. So wird erzählt, daß, als zu Debreczin Jemand in ihrer Anwesenheit Kossuth mit „Excellenz" anredete, sie ganz naiv bemerkte: „Dieser Titel ist für meinen Lajos jetzt zu viel, er kann aber noch zu wenig werden." Auch

weiß man, daß dieses eitle Weib eine nicht geringe Ursache des Zwistes zwischen ihrem Mann und dem ihr nicht schmeichelnden Görgey war, und daß sie à la Maintenon manchmal selbst den Sitzungen des Ministerrathes, hinter einer spanischen Wand, beiwohnte." (St. A.)

— Nach einer dem Oesterr. Corr. gemachten Mittheilung wird Siebenbürgen provisorisch in sechs Distrikte eingetheilt.

— Reisende, die aus Ungarn kommen, schildern die dortigen Zustände, namentlich in den unteren Gegenden als sehr kläglich. Die Bewohner sind fortwährenden Naturalrequisitionen ausgesetzt — ohne Aussicht auf Ersatz. Auch sind ganze Distrikte von Geld entblößt und Kaufleute, die aus ihren Büchern ein großes Vermögen nachweisen, finden sich für die kleinsten Beträge in Verlegenheit. Von intabulirten Summen ist es nicht möglich, die Zinsen, geschweige völlige Capitalsraten zu erhalten, und von einer Rechtsexekution ist bei der eingetretenen Desorganisation noch keine Rede. Noth und Verarmung sind unbeschreiblich, und ein unstetes Umherwandern findet häufig statt, indem Jeder es anderswo erträglicher glaubt und so ein Auswanderer des Andern Stelle einnimmt. Häuser und selbst Grundstücke werden hiedurch um Spottpreise losgeschlagen. Man sieht nun demnächst einer Bestimmung über das frühere ungarische Papiergeld entgegen, das auch von Spekulanten bereits mit 30 % aufgekauft und abgeliefert wird. Allein man wird, um den Grundbesitzern rationell aufzuhelfen, denn doch auf ein hypothekarisches Creditsystem zurückkommen müssen, wie dies auch jüngst der „Wiener Geschäftsbericht" mit kurzen Worten erörterte. Der schwankende Zustand der Verhältnisse aber erzeugt mit jedem Tag mehr Noth und Sorge.

— Im Trentschiner Comitate sollte vor einigen Tagen eine Wallfahrtsprozession über die Waag übergeschifft werden, allein die Plätte schlug um und bei 40 Personen fanden den Tod in den Wellen.

— In Tyrol bestehen gegenwärtig 4 Unter- und 5 Ober-Gymnasien und keine einzige Realschule. Diese Thatsache ist bezeichnend für das in Tyrol vorherrschende Element.

— Nach der „Presse" ist ein Antrag bezüglich der zu erhöhenden Offiziersgagen Sr. Maj. zur Sanktion vorgelegt worden, wonach der Lieutenant monatlich fl. 40, der Oberlieutenant fl. 60, der Hauptmann fl. 80 C.-M. ꝛc. erhalten soll. Für die Pensionen: Lieutenant fl. 400 jährlich (bisher fl. 200), Oberlieutenant fl. 600 (bisher auch fl. 200), Hauptmann fl. 800) ꝛc.

— Die hiesige Handelskammer hat beantragt, daß hier ein Handelstribinal zur schiedsrichterlichen Entscheidung von Streitigkeiten in Handels- und Speditionssachen errichtet werde. Dadurch würde einem längst gefühlten Bedürfnisse abgeholfen, da bei solchen Dingen der langsam schleppende Gang des früheren Prozeßwesens mehr wie einen Nachtheil hatte, der namentlich bei unbedeutenden Streitigkeiten bis zur Unerträglichkeit ausgedehnt wurde.

— Einige hiesige Bürger beabsichtigten, am 6. Oktober im Stephansdome ein feierliches Requiem zum Andenken an den ermordeten Kriegsminister Grafen Latour zu veranstalten. Sie wandten sich deshalb an den Gouverneur der Stadt Wien, der ihnen die zeitgemäße Antwort gab, „daß es an der Zeit sei, alle noch so gut gemeinten Demonstrationen, welcher Art sie auch wären, zu unterlassen, um nicht alte Wunden aufzureißen und damit ein Schleier über die Vergangenheit gezogen werde." Das beabsichtigte Requiem wird daher unterbleiben.

— Bald nach ihrer Ankunft begaben sich Erzherzog Franz Carl und Sophie zum F.M. Radetzky und verweilten fast eine Stunde bei ihm. Morgen werden Hochdieselben wieder nach Ischl abreisen und bis zum 8. October dort verweilen.

— Aus Pesth wird unterm 24. d. M. berichtet: Die vielen Verurtheilungen wegen Verheimlichung, Ausgabe oder Einnahme des verbotenen Ungarischen Papiergeldes sind ein trauriges Nachspiel des erlebten blutigen Drama. Doch würde man sich täuschen, wenn man glaubt, daß die Kossuth-Noten von vielen deshalb nicht abgeliefert werden, weil sie auf die Wiederkehr des früheren Zustandes hoffen. Daran denkt gewiß Niemand. Vielmehr ist diese Nichtablieferung den verschiedenen, meist unrichtigen Ansichten zuzuschreiben, die sich über die endliche Lösung des Notenproblems in der Menge geltend machen.

— (N. Z.) Ein uns zugesandtes „Abendblatt der Presse" giebt über die Verhandlungen, bezüglich der Kapitulation Komorns, folgende nähere Aufschlüsse:

Die Nachricht von der Uebergabe Komorns, die gestern Abends alle Gemüther in Bewegung setzte und durch den Oberst vom Generalstabe, Herrn Alfred von Henickstein, hierher gelangt war, ist heute von der „Wiener Zeitung" nicht mitgetheilt worden. Aus diesem Umstande folgt, daß der Akt der Unterwerfung noch kein vollzogener ist. Erkundigungen, die wir aus zuverlässiger Quelle einholten, setzen uns in den Stand, den wahren Sachverhalt aufklärend mitzutheilen.

Ein vollständiges Bombardement hatte gewüthet, wahrscheinlich trug es dazu bei, den starren Trotz der Besatzung zu brechen. Ausschlaggebend aber war wohl der Hinblick auf die trostlose Zukunft, die sie sich bereiteten, falls ihr unnützer Widerstand fortgedauert hätte.

Es war nicht zu leugnen, daß die Besatzung in der Lage war, Oesterreich empfindlichen Schaden zu bereiten. Die Kosten der aufzustellenden Belagerungsarmee und der Operationen selbst, die fortdauernde Sperrung der Donauschifffahrt würde zusammengenommen ein unermeßliches Kapital verzehrt haben, und schon in dieser Beziehung müssen wir die Unterwerfung als einen höchst erfreulichen Akt begrüßen. Allein es werden dadurch Menschenleben geschont, es wird der politischen Irritation, welche der freilich isolirte Punkt im Organismus des Staates erhielt, ein Ende gemacht, und insofern erscheint die Bedeutsamkeit dieses Ereignisses in noch weit hellerem Lichte.

Wie wir vernehmen, ist das Dokument, welches die Uebergabe auf Gnade und Ungnade nach dem Vorgange Görgey's erklärt, bereits hier eingetroffen, auch schon die Einstellung der Feindseligkeiten erfolgt.

— (Nat. Ztg.) Nicht leicht ist eine größere Aufregung denklich, als jene, von welcher gestern unsere Residenz durchzuckt und durchfluthet wurde. Komorn, so hieß es, habe kapitulirt, der Belagerungszustand werde heute aufgehoben. Viele wollten schon die Voranstalten zur Hinwegräumung der Pallisaden mit angesehen haben, daher denn auch des Drängens, Rathens, und Fragens kein Ende. Mit Ungeduld wurde heute Morgens die Wiener Zeitung oder ein Plakat erwartet. Die letzte Hoffnung ist für's Erste zu Nichte geworden. In der Wiener Zeitung erschien keine Zeile über Komorn, die unoffiziellen Blätter erzählten den Fall der Festung in sehr verschiedener Weise. Bis zur Stunde (4 Uhr Nachmittags) weiß noch Niemand, was an dem Faktum Wahres sei. Mir wurde Folgendes von verschiedenen Offizieren mitgetheilt. Nachdem durch Handbillet des Kaisers der Kommandant des Belagerungsheeres, der bekannte Cunctatur Feldzeugmeister Graf Nugent abberufen und Haynau in das Lager beordert worden war, begann sogleich der Angriff durch ein erschütterndes Bombardement auf die den Sandberg schirmenden Redouten. Mittlerweile hatte ein Theil der der Besatzung sich zu einem Ausfalle in die Vorwerke begeben; kaum war dessen Abmarsch aus der innern Festung erfolgt, so entbrannte innerhalb deren Mauern der Kampf zwischen den Zurückgebliebenen für und wider die bedingte Uebergabe. Das Resultat war, daß die der Kapitulation geneigte Partei die Oberhand gewann, sofort alle Festungsthore schloß und die weiße Fahne aufpflanzte. Bis zu dieser Katastrophe hatte das Bombardement ununterbrochen durch 8 Stunden fortgedauert, und als nun die ausgefallenen Truppen sich den Rückweg abgeschnitten, das Vorwärtsdringen wegen des heftigen Geschützfeuers der Oesterreicher unausführbar fanden, ergaben sie sich. In der Festung selbst dürfte es abermals zum Kampfe gekommen, und die Kapitulation also noch nicht vollständig durchgeführt sein.

Frankreich.

Paris, den 27. Sept. Die bedeutendsten hiesigen Bankiers waren gestern fast 5 Stunden lang im Finanzministerium versammelt. Die verschiedenen vom Finanzminister vorgeschlagenen Entwürfe fanden nach reiflicher Prüfung sehr lebhaften Tadel. — Lamoricière, unser Gesandter in Rußland, wird angeblich in Kurzem hier zurück erwartet. — Der „Moniteur Parisien" theilt nachstehend den, wie er versichert, wahren Sachverhalt der Vorgänge zu Cholet mit. Etwa 900 dortige Webergesellen stellten die Arbeit ein, um eine Lohnerhöhung zu erwirken. Da die Fabrikanten ihren Abgeordneten aber nur zwei Fünftel der geforderten Zulage bewilligen wollten, so nahm das Anfangs ruhige Feiern einen drohenden Charakter an. Die Arbeiter drangen in eine Fabrik ein und bedrohten mehrere andere. Die Behörden ließen Generalmarsch schlagen; durch Nationalgarde, Gensdarmerie und eine Kompagnie Soldaten wurden die Zusammenrottungen zerstreut und einige Rädelsführer verhaftet. Am Abend des 23. herrschte wieder die gewöhnliche Ruhe. Es kamen weder Tödtungen noch Verwundungen vor. — Bei einer von der Polizei zu Havre vorgenommenen Haussuchung wurden Papiere mit Beschlag belegt, welche sich auf eine legitimistische Verschwörung beziehen sollen. — Der Redakteur des zu Le Mans erscheinenden „Bonhomme Manceau" einer Art „Charivari", wurde neulich trotz der beredten Vertheidigung des Repräsentanten Joly, welcher dem Sozialismus eine Rechtfertigungsrede hielt, wegen mehrerer zu Haß gegen die republikanische Regierung und zu gegenseitiger Anfeindung der verschiedenen Volksklassen aufreizenden Artikel zu zwei Monaten Gefängniß und 500 Fr. Geldstrafe verurtheilt.

— Nur zwei Journale, die „Debats" und der „Constitutionnel", enthalten schon heute Bemerkungen über das Manifest des Papstes. (S. Italien.) Einstimmig sind dieselben in dem Tadel über die Ausnahmen von der Amnestie, und der „Constitutionnel" erinnert daran, daß sogar zu Neapel und Mailand die Ausnahmen doch wenigstens namentlich und nicht kathegorieenweise bezeichnet worden seien. In dem Urtheile über die neuen Einrichtungen, die der Papst dem Römischen Volke verleiht, sind diese beiden Journale jedoch nicht einig. Der „Constitutionnel", getreu seinem, gleich bei der Veröffentlichung des Briefes von Louis Bonaparte angenommenen System, die Römische Frage mit allen ihren Widersprüchen und Schwierigkeiten zu vertuschen, nennt die Zugeständnisse des Papstes einen Schritt zur Versöhnung, giebt zu verstehen, daß der Papst die Verpflichtung übernommen habe, dieselben noch zu vervollständigen, und ist der guten Hoffnung, daß das verehrte Oberhaupt der Christenheit in der Ausführung über das jetzt schon Gewährte hinausgehen werde. Das „Journal des Debats", das unparteiischer ist, da es nicht die politische Tactik eines Patrons, wie der „Constitutionnel", zu vertreten hat, nennt das Manifest des Papstes „beklagenswerth" und ist überzeugt, daß man es überall, diesseits so wie jenseits der Alpen, so finden werde. „Die beiden Proclamationen" — sagt dieses Journal — „sind in ein Netz von Beschränkungen und Vorbehalten eingehüllt, das weder ihr Verständniß, noch ihre Ausführung erleichtern wird. Wir können über das Amnestie-Decret nicht schweigen. Der erste Artikel scheint eine allgemeine Amnestie zu gewähren, die folgenden Artikel machen Ausnahmen, die den ersten fast vollständig wieder vernichten. Wenn es uns erlaubt wäre, mit einem so ernsten Gegenstande einen weniger ernsten in Verbindung zu bringen, so würden wir an ein berühmtes Actenstück erinnern, worin die Preßfreiheit gestattete, von Allem zu reden, ausgenommen von Politik, ausgenommen von Religion, kurz, ausgenommen von Allem, wovon man redet."

— Das Manifest und die Amnestie des Papstes bilden den fast ausschließlichen Gegenstand der heutigen Leitartikel der Journale. Es bedarf kaum der Bemerkung, daß die Organe der rothrepublikanischen und socialistischen Partei höchlich zufrieden sind mit dem anscheinenden Fehlschlagen der Politik unserer Regierung am päpstlichen Hofe. Man sieht klar, daß sie darin das Mittel zu finden hoffen, sowohl in als außerhalb der National-Versammlung neue Aufregung hervorzurufen. (K. Z.)

Schweiz.

Bern, den 26. Sept. Die Schweiz ist der Flüchtlinge herzlich müde. Dem Staate verzehren sie die öffentlichen Gelder und den Bürgern nehmen sie die Arbeit weg. Selbst mit neutralen Mächten, wie Belgien, Holland ꝛc., sollen in Betreff der Aufnahme von Flüchtlingen Unterhandlungen angeknüpft sein. Privatleute und oft auch Behörden sind bereit, Rückkehrende mit Reisegeld zu versehen und da das Flüchtlings-Komité sich wohl bewußt ist, daß die Schweiz seiner Genossen selbst mit Opfern sich entledigen möchte, so hat es beschlossen, Rückkehrenden keine Unterstützung mehr zu gewähren, indem ja, wie es sich dies stillschweigend sagt, die Schweiz hierfür sorgen werde. Auch wünscht die Schweiz keineswegs die dauernde Niederlassung derselben. Bekanntlich haben sich Viele von den Hanauer Turnern, wie es heißt, unangefochten nach ihrer Heimath begeben. Viele dieser Schaar, welche meistens Gebildete, wie Studenten ꝛc., zu ihren Angehörigen zählte, sind aber auch zurückgeblieben. In diesen Tagen nun wollte eine gute Anzahl von diesen sich nach Frankreich begeben, und hatte sich auch vom Französischen Gesandten, dem sie Briefe aus Lyon vorgezeigt, worin ihnen Beschäftigung zugesagt ist, das Visum zu verschaffen gewußt. An der Französischen Grenze aber angelangt, wurde ihr, trotz des Visums, die Zulassung verweigert und sie ist daher bereits wieder hier angelangt. Unter diesen Verhältnissen finden es viele Flüchtlinge für gut, sich von Hause gewöhnliche Reisepässe kommen zu lassen, mit welchen sie alsdann als Nichtflüchtlinge sich nach Frankreich begeben. Freilich führt dieser Weg nicht immer zum Ziele; denn es kommen zwar die verlangten Pässe an, aber mit der Bemerkung: „zur Gestellung vor dem heimathlichen Richter". Dies ist namentlich mehreren Sachsen begegnet. — D'Ester ist jetzt gleichfalls auf die Liste der Ausgewiesenen gekommen. — Brentano befindet sich in Zürich, wo er noch Unterstützungsgelder zu vertheilen hat. Die rothen Flüchtlinge klagen über seine Parteilichkeit bei der Vertheilung. Einen derselben wies er mit den Worten ab: „er sei auch einer von jenen, die ihn in Karlsruhe hätten stürzen wollen." (D. R.)

Italien.

Rom, den 19. Stpt. Kurz vor Mittag wurde heute eine vom 12. d. M. aus Portici datirte Proklamation Pius IX. an die Bewohner des Kirchenstaates veröffentlicht, welche die politische Zukunft des Landes entscheidet Sie setzt einen Staatsrath ein, welcher antworten soll, wenn er gefragt wird; eine Staatskonsulta für die Finanzen; bestätigt die Provinzialräthe, verspricht der Munizipalvertretung eine breitere Grundlage und Rechtsformen und die hiermit verbundene Amnestie erläßt allen bei den republikanischen Wirren Compromittirten — mit Ausnahme der Beamten der prov. Regierung, der Deputirten der Assemblea, der Triumviru, der Provinzialpräsidenten, der Bataillonschefs und gemeiner Verbrecher — die vom Gesetz über sie verhängte Strafe, und läßt auch den anderen den Weg offen, auf dem sie Begnadigung nachsuchen können.

Turin, den 22. September. Nachrichten aus Rom vom 16. September zufolge hat die französische Behörde noch nichts unternommen. Trotz seiner Drohungen hat der General Rostolan bis jetzt den Brief des Präsidenten noch nicht in den Straßen anschlagen lassen. Die Cardinäle haben dem Abbée Coppi, welcher Direktor des officionellen Journals ist, den Befehl zukommen lassen eher die Druckerei zu schließen, als die Pressen der apostolischen Kammer durch die Veröffentlichung des Briefes zu entweihen. — Das Gerücht, daß die französische Behörde die oberste Leitung der Geschäfte übernehmen würde, erhält sich noch immer. Bis zum 16ten hatten jedoch die Kardinäle noch die volle Gewalt in Händen. Die Verbannungen dauerten fort und erstreckten sich jetzt auch auf diejenigen Männer, welche immer offen die Partei des Papstes ergriffen, und die vor dem 16. November selbst die höchsten Staatsstellen bekleidet hatten

— Die von unserm römischen Korrespondenten in der gestrigen Abendnummer erwähnte Amnestie des Papstes erläßt allen bei den republikanischen Wirren Kompromittirten — mit Ausnahme der Beamten der provisorischen Regierung, der Deputirten der Assemblea, der Triumvirn, der Provinzial-Präsidenten, der Bataillonschefs und gemeinen Verbrecher — die vom Gesetz über sie verhängte Strafe, und läßt auch den anderen einen Weg offen, auf dem sie Begnadigung nachsuchen können.

Kammer-Verhandlungen.

24ste Sitzung der zweiten Kammer vom 29. September.

Präsident: Graf v. Schwerin. (Eröffnung 10¼ Uhr.)

Am Ministertische: von Manteuffel, Simons, von Schleinitz.

Die Interpellation des Abg. v. Beckerath wird verlesen.

Von verschiedenen Seiten wird die Nachricht verbreitet, daß die Wiederherstellung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland bevorstehe, welche im Wesentlichen mit den Rechten der aufgehobenen Bundesversammlung bekleidet werden soll. Diese Nachricht gewinnt an Bedeutung, nachdem Se. Maj. der König von Baiern in der Thronrede bei Eröffnung der Kammern die Aussicht zur Bildung einer provisorischen Centralgewalt als den ersten wichtigen Schritt zum Ziel der deutschen Einheit bezeichnet hat. Die Gründung einer solchen Centralgewalt würde in diesem Augenblick als ein Hinderniß des Bundesstaates erscheinen, zu dessen Errichtung sich die durch das Bündniß vom 26. Mai d. J. vereinigten Regierungen verpflichtet haben. Unter diesen Umständen glauben die Unterzeichneten eben so sehr ihre Pflicht als Vertreter des Preußischen Volkes zu erfüllen, als der Regierung Veranlassung zur

Beruhigung des Landes zu geben, indem sie an das Ministerium folgende Fragen richten: 1) Beabsichtigt die Regierung Sr. Maj., unbeschadet späterer definitiver Regelung des Verhältnisses zwischen dem Bundesstaat und dem weiteren Bunde, ihre Zustimmung dazu zu versagen, daß dem einstweilen zu errichtenden Organ irgend andere Befugnisse beigelegt werden, als solche, die auf gemeinschaftliche, alle Staaten des deutschen Bundes betreffende Verwaltungsgegenstände, wie Inspection der Bundesfestungen u. s. w. Bezug haben? 2) Ist, nachdem nunmehr die deutschen Regierungen in ihrer großen Mehrzahl dem Bündniß vom 26. Mai d. J. beigetreten sind, die Regierung Sr. Maj. im Sinne ihrer Erklärung, den Bundesstaat, sei es mit allen deutschen Staaten, oder mit vielen oder mit wenigen erstreben zu wollen, ihrerseits entschlossen, im Verwaltungsrath dahin zu wirken, daß der geeignete Zeitpunkt zum Zusammentritt des Reichstages nunmehr festgestellt und zu dessen Einberufung die erforderliche Einleitung getroffen werde?

Berlin, 27. September 1849. v. Beckerath.

Unterstützt durch: v. Auerswald. Simson. Camphausen. Wentzel. v. Patow. v. Saucken. Harkort. Kühlwetter. Aldenhoven. Contzen. Bardeleben. Seckendorff. Bonseri. Broicher. v. Viebahn. Rohrscheidt. Geßler und 32 Andere.

Dieselbe erhält genügende Unterstützung. Der Minister des Aeußern erklärt, daß er dieselbe am Freitag beantworten werde.

Die Kammer geht jetzt auf die gestern verlangte Debatte über Art. 95. über.

Nach längerer Debatte ergiebt die Abstimmung 138 Stimmen für, 171 Stimmen gegen die Fassung der I. Kammer. Die Minister v. Manteuffel und von der Heydt haben mit ja, Bodelschwingh (Hagen) mit nein gestimmt.

Die Fassung der I. Kammer ist also nicht angenommen.

Es wird ein Amendement des Abg. Bürgers zur Abstimmung gebracht und angenommen, dem Antrage der ersten Kammer hinzuzufügen: „Eine vorgängige Genehmigung der Behörde darf jedoch nicht verlangt werden."

Es wird zum Art. VII. geschritten. Die erste Kammer hat die Ueberschrift dahin geändert: „von den nicht zum Richterstande gehörigen Staatsbeamten." Die Aenderung wird angenommen. Die Fassung der ersten Kammer des Art. 96. wird nicht angenommen. Dagegen wird die Fassung der Commission angenommen.

Die Kammer geht hierauf zu dem Bericht der Petitionscommission über. Dieselbe hat überall entweder Uebergang zur Tagesordnung oder Verweisung an die betreffenden Ministerien oder Commissionen beantragt, womit sich die Kammer einverstanden erklärt. Nur bei Nr. 91. einer Petition der verwittweten Scharfrichterei-Besitzerin Proß zu Fraustadt um eine seit sieben Jahren in Aussicht gestellte Ablösung ihrer Gerechtigkeit, welche die Commission an den Minister des Innern zu überreichen beantragt, bemerkt Minister v. Manteuffel, daß das Scharfrichtereiwesen jetzt in das Ressort des Ministeriums für Handel und Gewerbe gehöre und daß er beantrage, die Petition diesem zu überweisen. Die Kammer tritt unter großer Heiterkeit diesem Antrage bei.

Schluß der Sitzung 3 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr. Tagesordnung: Tit. I. und II. der Verfassung.

Der Eisenbahnbau in der Provinz Posen.

Seitdem vor ungefähr vier Wochen in diesen Blättern auf die dringende Nothwendigkeit der baldigen Ausführung einer Eisenbahnverbindung zwischen Posen und Breslau aufmerksam gemacht worden ist, ist diese für unsere und die Nachbar-Provinzen so hochwichtige Angelegenheit insofern in ein neues Stadium getreten, als in der Anfangs vorigen Monats Seitens des Handelsministers den beiden Kammern gemachten Regierungs-Vorlage über den Eisenbahnbau im Staate die Erschöpfung des sogenannten Eisenbahnfonds und event. eine auf die neuen Staatsbahnen zu fundirende Anleihe von 21,000,000 Rthlr. zum Bau der Ost- der Westphälischen und der Saarbrücker-Bahn für Rechnung und auf Kosten des Staats in Antrag gebracht, demgemäß also der Bau der Posen-Breslauer-Linie vor der Hand wenigstens als beseitigt zu betrachten ist. Nur gelegentlich ist auf diese vom Hrn. Minister v. d. Heydt sowohl in einer Rede bei Ueberreichung der betreffenden Vorlagen an die zweite Kammer am 4. September als auch in der von ihm den Kammern gleichzeitig übergebenen in vielen Beziehungen sehr interessanten Denkschrift zurückgekommen worden, indem die Anfertigung von Vorarbeiten für eine Verbindung von Posen über Lissa, einerseits mit Breslau andererseits mit Glogau, angekündigt und außerdem noch mitgetheilt wird, daß „diese Bahn noch zu denen schon von dem Vereinigten ständischen Ausschuß im Jahre 1842 als nothwendig anerkannten gehört," und das Projekt, wie es in der Rede weiter heißt, „schon seiner großen militairischen Wichtigkeit wegen, sobald die Umstände es gestatten, der Vollendung näher geführt werden dürfte, es auch möglich sei, daß dasselbe bald mittelst einer Zinsgarantie gefördert werde."

Wenn nun aber, wie es hier geschieht, der Bau der neuen Staatsbahnen auf Unkosten und unter Hintansetzung der seit so langer Zeit projektirten, in ihrer Nothwendigkeit, Wichtigkeit und Richtung durch die frühere Volksvertretung längst anerkannten Bahn von Posen nach Breslau vor sich gehen soll, so kömmt es natürlich vor Allem darauf an, daß in der Denkschrift der klare Nachweis der in noch viel höherem Grade für die sofortige Anlegung jener Bahnen sprechenden Rücksichten geführt werde, denn nur dann würde deren Bevorzugung gerechtfertigt erscheinen. Wir lassen nun bei der zunächst folgenden Vergleichung sowohl die Ostbahn als die Saarbrücker außer Acht, jene, weil ihre unbedingte Wichtigkeit und Zeitgemäßheit wohl Niemand bezweifeln wird, diese, weil ihre Größe und ihr Kostenbelauf verhältnißmäßig zu gering erscheint, demnächst sowohl ihre lokale als allgemein staatliche Nothwendigkeit überzeugend nachgewiesen ist, und beschränken uns also darauf, die vorgeschlagene Westphälische zur zurückgesetzten Posen-Breslauer-Bahn in Vergleichung zu bringen, indem wir uns bei Beleuchtung der Wichtigkeit beider so weit es die Westphälische betrifft an die Auseinandersetzungen der Denkschrift über die vielen Vortheile dieses Projekts halten. Zur Vergleichung fordert auch außerdem der Umstand auf, daß die Kosten beider Linien sich auf ziemlich gleiche Höhe belaufen sollen, indem die Westphälische Bahn (18 Meilen) noch eine halbe Million Thaler mehr (7,500,000 Rthlr.) als die in der Denkschrift auf 27 Meilen und 7,000,000 Rthlr. angeschlagene Posen-Lissa-Glogau- und Lissa-Breslauer-Bahn kosten soll.

Die Denkschrift motivirt die allgemeine Nothwendigkeit des Baues der Westphälischen Bahn*) folgendermaßen (Sten. Berichte der Verh. der II. Kammer, S. 295.): „Die Wichtigkeit derselben (Bahn) für den Zweck der Verbindung der östlichen mit den westlichen Provinzen so wie für den größeren Verkehr zwischen dem Osten und Westen überhaupt, tritt zwar, nachdem inzwischen die Eisenbahn von der westlichen Grenze des Reichs über Minden, Hannover, Braunschweig und Magdeburg nach Berlin hergestellt und die Aussicht auf Vereinigung mit Hannover zu einem Zollgebiet näher gerückt ist, nicht mehr in gleicher Stärke hervor, wie früher. Gleichwohl bleibt die Bahn noch ein wichtiges Glied in der Verbindung des östlichen mit dem westlichen Deutschland. Sie gehört dem großen Eisenbahnsystem an, welches von Krakau an mitten durch Deutschland von Osten nach Westen über Breslau, Görlitz, Dresden Leipzig, Erfurt, Kassel, Lippstadt, Hamm, Köln bis zur westlichen Grenze Preußens und von da nach Belgien und Frankreich führt; die Auslassung der Westphälischen Bahn würde in dieser großen Verbindungslinie eine Lücke lassen, deren Ausfüllung als ein unerläßliches Bedürfniß erscheint; der Verkehr von Frankreich und Belgien, der Rheinprovinz und Westphalen nach Kassel und Thüringen wird ihr immer bleiben. Sie ist ferner für die Verbindung mit der Nordsee und dem nordwestlichen Deutschland von großer Wichtigkeit und wird namentlich auf den Verkehr von Emden, Bremen und Hamburg nach dem Süden Deutschlands rechnen dürfen, von Bremen und Hamburg wenigstens so lange, als nicht eine direktere Bahn, durch Hannover, ins Leben tritt, wobei freilich zur Vermeidung des Umwegs über Hamm auf baldige Herstellung einer mit verhältnißmäßig geringem Aufwand zu bauenden Eisenbahn von Bielefeld nach Paderborn Bedacht zu nehmen wäre."

Wie lockend nun diese Auseinandersetzung der allgemeinen Verkehrsvortheile und somit der hierauf basirten Rentabilität der neuen Bahn klingt, wie einladend auch die dem Unternehmen gestellten glänzenden, weiten Perspektiven erscheinen mögen, einer ruhigen Erwägung gegenüber werden die Aussichten auf Beherrschung eines so weiten Verkehrsgebiets um so merklicher schwinden müssen, je mehr die betreffenden Schlüsse theils auf falschen Voraussetzungen ruhen, theils überhaupt ohne eigentliche Begründung auftreten. Wenn es zunächst in den Motiven in einer geographischen Fachredeweise heißt, daß die Westphälische Bahn dem „großen Eisenbahnsystem" angehört, welches „von Krakau an mitten durch Deutschland von Osten nach Westen über Breslau, Görlitz, Dresden, Leipzig, Erfurt, Kassel, Lippstadt, Hamm, Köln bis zur westlichen Grenze" führt, so ist nicht recht begreiflich, wie überhaupt diese Breitengradrichtung für die Eisenbahnen so sehr wesentlich ist, da diese vielmehr lediglich dem allgemeinen Straßenbedürfniß, den großen Wegezügen, ziemlich unabhängig von meridionaler sowohl wie Breitenrichtung folgen, ganz abgesehen davon, daß im vorliegenden Falle der Breitengradrichtung im Deutschen Eisenbahnsystem viel natürlicher und ohne den durch die Westphälische Bahn hervorgebrachten großen Nordwestbogen durch die neue Kassel-Frankfurter, die Frankfurt-Mainzer, neue Mainz-Alzeyer und die daran anschließende, bis zur Französischen Grenze laufende Pfälzische Ludwigsbahn genügt ist. Eisenbahnen finden, wie gesagt, nur in einem Straßenbedürfniß ihre Begründung, und dem Bedürfniß für die Verbindung zwischen dem Deutschen Osten und Westen, den östlichen und westlichen Provinzen des Staats ist, wie die Motive selbst zugeben müssen, auch ohne die Westphälische Bahn längst durch die Köln-Minden-Hannover-Braunschweig-Magdeburg-Berliner Linie Rechnung getragen. Es muß ferner ein in diesem Umfang durchaus falscher Schluß genannt werden, wenn es in den Motiven heißt, daß „der Verkehr Frankreichs und Belgiens, der Rheinprovinz und Westphalens ihr immer bleiben wird." Auf den Französischen und zum Theil den Belgischen Verkehr nach Mitteldeutschland wird diese Bahn vom Augenblicke der Vollendung der Metz-Pariser Linie nie Anspruch machen können, der viel nähere bequemere Weg geht dann vielmehr unmittelbar von dem Anschluß bei Forbach über die Pfälzische Bahn nach Alzey, Mainz, Frankfurt und Kassel. Ziemlich problematisch bleibt ferner sogar der Verkehr der Rheinprovinz bis ungefähr auf Bonn hin, aber auch dieser und der gesammte Niederrheinische verläßt die Bahn und wählt einen viel bequemern nach Kassel, so wie das von der Regierung selbst in Aussicht gestellte Projekt von Warburg ab durch die fabrikreichen Diemel-, Möhne- und Ruhr-Thäler über Brilon, nach Iserlohn zur Bergisch-Märkischen Bahn ins Leben tritt. Eben so ungegründet ist die Behauptung der Motive, daß die Bahn „auf den Verkehr von Bremen und Hamburg nach dem Deutschen Süden" rechnen darf, die Denkschrift sieht sich bei diesem falschen Schlusse sogar bald genöthigt, sich zu verbessern, indem sie hinzufügt „wenigstens so lange, als nicht eine direktere Bahn von Hannover aus ins Leben tritt", eine solche Bahn von Hannover nach Kassel steht aber in ziemlich naher Aussicht, und dann bleibt, wie auch nur ein oberflächlicher Blick auf die Karte lehrt, der Westphälischen Bahn auch nicht ein Loth der Spedition von Bremen und Hamburg nach Kassel; zweitens muß die Denkschrift selbst, im Fall die Hannover-Kasselsche Bahn nicht ins Leben tritt, zugeben, daß „freilich zur Vermeidung des Umweges über Hamm auf baldige Herstellung einer mit verhältnißmäßig geringem Aufwand zu bauenden Zweigbahn von Bielefeld nach Paderborn Bedacht zu nehmen", also jedenfalls zu dem Zwecke eine ziemlich beträchtliche neue Bahn zu bauen wäre. Die Rechnung endlich, die für die Bahn auf die projektirte Verbindung mit Emden und dessen neu zu bildenden Seeverkehr, der übrigens nie eine ernste Concurrenz mit dem Hamburger wird eingehen können, gesetzt wird, ist eine nach allen Seiten hin so gewagte, daß eine detaillirte Widerlegung wohl nicht nothwendig ist.

Die Bahn hat demnach nicht mehr und nicht weniger als lokale Bedeutung, die gewiß wichtig genug ist; in Bezug auf Rentabilität aber schien der früheren Aktien-Gesellschaft entweder im Allgemeinen oder durch die Menge der projektirten Concurrenzbahnen, wie die vorhin genannte von Warburg über Iserlohn zur Bergisch-Märkischen, die in der Denkschrift ebenfalls erwähnte von Soest über Werl und Unna durch das Hörder Kohlenrevier u. s. w., der Bau bedenklich. Der Staat stellt trotzdem eine Begünstigung aller dieser Bahnprojekte in Aussicht; er thut es mit Recht im Interesse jener Provinz und ihrer Industrie, deren Bedürfnissen und Forderungen er in den kleinsten Stücken entgegenzukommen sucht. Hier aber liegt der Uebergang auf unsere Verhältnisse und die Vergleichung der Art, wie die Regierung deren Interessen gegenüber den eben erwähnten vertritt, gerade in Bezug auf das so wichtige Eisenbahnwesen überaus nahe. Wo blühende gewerbliche Thätigkeit, große Fabrikation und dadurch Wohlstand vorhanden ist, da greift jede mögliche Begünstigung Seitens der Staatsverwaltung noch fördernd ein, wo aber unglückliche Umstände die Entwickelung gehindert haben, wo vor Allem die Verkehrslosigkeit Hauptgrund der Uebelstände ist, da ist bis jetzt fast nichts geschehen, das eine radikale Verbesserung herbeizuführen im Stande wäre. Wie verträgt sich dies mit den Grundsätzen einer gerechten, einsichtsvollen Politik? Die Verschiedenartigkeit der materiellen und mit ihnen der geistigen Zustände in den einzelnen Theilen eines großen Staatsgebietes erfordert vor Allem, daß die Regierung, indem sie da, wo die Verhältnisse glücklicher gestaltet sind, mehr schützend auftritt, dort, wo zwar die Bedingungen einer gesunden Entwickelung vorhanden, diese selbst aber durch das Zusammentreffen unglücklicher Umstände gestört wird, mit allen Kräften fördernd und weckend wirke. Daß aber das Hauptmittel, wie wohl Niemand bezweifeln wird, die Hebung des Verkehrs durch den Eisenbahnbau, noch nicht angewandt worden ist, beweist hinlänglich der eine Umstand, daß von den fertigen 341 Eisenbahnmeilen auf die beiden Provinzen Preußen und Posen mit einem Gesammtareal von über 1700 Quadratmeilen (dem mehr als dritten Theil des Staatsgebiets) nur 12 Meilen kommen.

In dem früheren gleichnamigen Artikel, auf den wir hier der Kürze wegen Bezug nehmen müssen, ist hoffentlich überzeugend der Nachweis geführt, wie sowohl im Interesse der neuen Preußischen, als der bestehenden Stargard-Posener Bahn, im dringendsten Interesse der drei östlichen Grenzprovinzen des Staats, vor Allem Preußens und Posens, der sofortige Bau der nur 19 Meilen langen Posen-Breslauer Bahn eine unabweisbare Nothwendigkeit ist. Nur zusammenfassend und ergänzend wollen wir das damals Auseinandergesetzte hier wiederholen. Die Breslau-Posener Bahn eröffnet für ganz Ober-, Mittel- und einen großen Theil von Niederschlesien das ganze Posener und Preußische Gebiet und verkürzt die so wichtige Straße nach Pommern und Stettin um 18½ Meilen. In der Bahn concentrirt sich also der Landverkehr zwischen vier der größten Provinzen, was um so wichtiger ist, als bei der großen Schwierigkeit und Frachtvertheuerung, die die Oderschifffahrt bietet und bei dem höchst langwierigen, kostspieligen Wasserwege zwischen Schlesien, Posen und Preußen der Bahn auch der so überaus wichtige Flußverkehr in sehr vielen Stücken gesichert ist. Es begegnen sich auf der Bahn der Gruben-, Hütten- und Kohlen-Vertrieb Oberschlesiens, die Ostsee-Importation, der Preußische Rohproduktenverkehr, der Verkehr der ganzen Provinz Posen; sie ist unmittelbarer Verbindungsweg zwischen einem Gebiet, das mehr als die Hälfte des Staatsareals beträgt. Für die drei Ostprovinzen ist sie nächstdem eine strategische Nothwendigkeit; die Provinz Preußen mit ihrer 80 Meilen langen fremden Grenze und dem Mangel jeder proportionirlichen Südbasis erhält durch sie die nothwendige Richtung auf das Posensche und Schlesische Gebiet und so einen neuen Stützpunkt. Für die Provinz Preußen sowohl wie Posen mit ihrem bisherigen Straßenmangel, ihrer Abgeschlossenheit gegen Osten, dem Bedürfnisse nach steigendem Handel und Industrie, erhöhter Bodenproduktion und Arbeitsfähigkeit, geförderter materieller und geistiger Entwickelung ist der Bau der Bahn so entschiedenes Bedürfniß, daß schon diese Gesichtspunkte die Gunst des Gouvernements einem Unternehmen hätten zuführen müssen, für dessen Rentabilität gewiß ganz anders begründete allgemeine Aussichten als bei dem Westphälischen sich stellen, einem Unternehmen, dem sogar in fernerer Entwickelung die Verbindung zwischen der Ostseeküste und dem Oesterreichischen Gebiet gesichert ist. Bietet so die Bahn schon an sich eine sehr starke Gewähr der Rentabilität, so hat sie für den Staat noch demnächst den Vortheil, daß sie einzig und allein im Stande ist, die sonst ganz verlorene Posen-Stargarder Bahn, die nur 1 Prozent Netto einbringt und dem Staate also jährlich volle 2½ % Zinsenzuschuß kostet, in ihrer Einnahme so zu stellen, daß sie die Zinsen und selbst eine Dividende aufbringt, und so dem Staatseisenbahnfonds, der nur noch für die Schlesisch-Märkische Bahn einen verhältnißmäßig weit geringeren Zuschuß aufzubringen hat, ein sehr bedeutendes Ersparniß zukömmt.

Ueberblicken wir somit alles bisher Gesagte, so spricht die Gerechtigkeit, Billigkeit, politische Rücksichten und Aussicht auf Rentabilität viel mehr für die sofortige Herstellung der Posen-Breslauer Linie und deren Aufnahme in den demnächst zu beginnenden Bau der Staatsbahnen, als für die Westphälische, die wir mit jener absichtlich in Vergleich gebracht und wobei wir hoffentlich den Nachweis geführt haben, daß falls der sofortige Bau beider Projekte unvereinbar ist, nothwendig dem Posener der Vorzug gebührt.

Für die Verbindung von Posen mit Lissa, Lissa mit Breslau einer- und Glogau anderseits (im Ganzen 27 Meilen) wirft die Denkschrift die Kosten mit 7,000,000 Rthlr. aus. Es handelt sich aber vor Allem um den Bau der 19 Meilen von Posen nach Breslau, da die Lissa-Glogauer Linie nur militairische, aber gar keine allgemeine Wichtigkeit hat und deren Bau also im äußersten Falle für bessere Zeiten bleiben kann. Diese 19 Meilen würden in der Fraktion der Posen-Stargarder Baukosten circa 4,000,000 Rthlr. kosten, und nur um diese würde die von den Kammern verlangte Bewilligung von 33,000,000 Rthlr. steigen, selbst wenn die Westphälische Bahn ebenfalls gebaut werden sollte.

Es will aber auch in einem zweiten Fall die Stettin-Posener Direktion den sofortigen Bau mit einer Zinsgarantie des Staats übernehmen und so die Bahn mit Privatmitteln herstellen. Der Staat stellt eine solche Zinsgarantie, die größere Gefahr bietet, noch in dieser Kammersession für die Aachen-Mastrichter Bahn in Aussicht (Rede des Minister v. d. Heydt in der zweiten Kammer am 4. Septbr., Sten.-Ber. S. 177.), spricht nun aber nicht die Gerechtigkeit viel mehr für eine derartige schleunige Begünstigung der Posen-Breslauer Linie?

Der Nachweis der Nothwendigkeit sowohl wie der Möglichkeit der Aufnahme der Posen-Breslauer Bahn in den Staatsbahn-Bauplan oder deren Concessionirung für den sofortigen Privat-Bau ist somit geführt. Daß nun endlich einmal unserer und den Nachbarprovinzen hierin Gerechtigkeit werde, das liegt in den Händen der Provinzial-Verwaltung und unserer städtischen Vertreter; lassen sie es an dem energischen Willen der Förderung der wichtigen Sache nicht fehlen, so ist Aussicht auf ein günstiges Ziel. Aber die Zeit drängt; die Eisenbahn-Kommissionen legen nächstens ihre Gutachten den Kammern vor, die an die Berathungen sofort

*) Vom Endpunkt der kurhessischen Friedrich-Wilhelmsbahn beim westphälischen Grenzort Haueda über Warburg, Paderborn, Lippstadt nach Hamm zur Köln-Mindener Linie.

gehen werden. Was also geschehen soll, muß bald geschehen, sonst gilt auch hier das verhängnißvolle „Zu spät".

Posen, den 30. September 1849.

Locales ꝛc.

Sitzung des Schwurgerichts.

Posen. Sitzung des Schwurgerichts vom 29. September. — Die 16jährige Franciska Wujarczyk ist des dreimaligen Brandstiftungsversuchs im Hause ihrer Brodherrschaft, des Kreis Chirurgus Brodsack aus Miloslaw durch Zusammentragung von Brennmaterial unter das Schindeldach des erwähnten Hauses, außer dem aber der Beschädigung des Eigenthums ihres Dienstherrn aus Rache oder Bosheit durch wiederholtes Einwerfen der Fenster seiner Wohnung angeklagt. Die Angeklagte ist zwar geständig, unter das Dach des Brodsack'schen Hauses Brennmaterial, jedoch ohne Beifügung von Zündstoff, gelegt zu haben, bestreitet jedoch eine verbrecherische Absicht dabei gehabt zu haben und führt außerdem zu ihrer Entschuldigung an, sie sei von einem Dritten, an ihrem Brodherrn auf diese Art Rache zu nehmen, überredet und deshalb bestochen worden. Wiewohl der Vertheidiger auf diese Behauptung besonderes Gewicht gelegt wissen will, und Freisprechung seiner Clientin beantragt, so erkannten die Geschworenen dieselbe doch der Beschädigung fremden Eigenthums aus Rache und Bosheit für schuldig, sprachen sie jedoch von der Anklage der Brandstiftung frei.

Posen, den 2. October. Wenn es nicht geläugnet werden kann, daß der Handwerkerstand, namentlich diejenigen Mitglieder desselben, die ihr Gewerbe in nicht steuerpflichtigem Umfange betreiben, verzugsweise durch die Zeitverhältnisse, d. h. theils durch die riesenhaften Fortschritte des Fabrikwesens, theils durch eine fehlerhafte Gesetzgebung, in Bedrängniß gerathen sind, und daß es demnach eine Hauptaufgabe der Regierung ist, einem ehrenwerthen Stande, der einst den Kern der Nation bildete, wieder aufzuhelfen; so kann es uns nur mit Betrübniß erfüllen, daß — wie wir aus den Verhandlungen der letzten Stadtversammlung entnommen — dem hiesigen Verein zur Herstellung einer auf Actien zu gründenden gewerblichen Leihanstalt die Benutzung des sogenannten Handelssaals wegen Mangels an größern öffentlichen Lokalien nicht hat eingeräumt werden können. Die Gewerbetreibenden Posens, die leider jetzt großentheils ihrem Untergange mit raschen Schritten entgegengehn, weil ihnen die Mittel fehlen, die dermalige Krisis zu überstehen, sind dadurch um eine schöne Hoffnung ärmer geworden, denn auf welche Weise sollen sie jetzt das zur Fortsetzung ihres Gewerbes nöthige Betriebskapital, das der Aktienverein ihnen gegen Pfand vorzustrecken verhieß, auftreiben? Möchten doch die Kommunalbehörden es erkennen, daß ihnen vor Allen es obliegt, jedem Institut hülfreich die Hand zu bieten, das den Zweck hat, die große fociale Frage der Gegenwart: „die Herstellung eines richtigen Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit" lösen zu helfen, damit nicht Tausende zu bloßen Tagelöhnern herabsinken, während alles Kapital in den Händen Weniger sich concentrirt. Und gerade diese Aufgabe liegt hier vor: eine große Anzahl wackerer Handwerker, die ihre fertigen Arbeitsstücke in gegenwärtigem Augenblicke nicht verkaufen können, sollen mit den nöthigen Mitteln zur Fortsetzung ihres Gewerbes versehen werden, damit sie nicht später der Kommune als Arme zur Last fallen. Aus dieser Bestimmung ergiebt sich zur Genüge, daß der von der Stadtbehörde nebenbei geltend gemachte Einwand: „die städtische Leihanstalt genüge den Bedürfnissen des Publikums" hier ganz und gar keine Anwendung findet, und daher eben so wenig Berücksichtigung verdient, als alle andern haltlosen Gründe gegen die Errichtung eines Instituts, das freilich ein Dutzend allen Verdienst an sich ziehender Magaziniers gefährdet, dagegen aber vielleicht ein Paar hundert fleißige Handwerker vor dem Untergange bewahrt und dem Publikum zugleich den Vortheil makellos gefertigter Arbeit gewährt. Wir vertrauen daher der Energie der Unternehmer, daß sie das beabsichtigte Institut nicht fallen lassen, sondern auf Mittel sinnen werden, alle sich entgegenstellende Hindernisse siegreich zu bekämpfen, zumal sie dabei auf die Bereitwilligkeit unsers patriotischen Publikums, das, wie wir vernommen haben, schon drei Viertel der erforderlichen Actien gezeichnet hat, mit Sicherheit rechnen können.

*† Bromberg, den 29. September. Von dem 4. Landwehr-Regiment, welches in dem mittlern Theile der Provinz, und namentlich in dem Buker, Schrimmer, Bomster und den umliegenden Kreisen gestanden hat, ist die Hälfte der Mannschaften entlassen und geht in ihre Heimath. Das zweite Bataillon ist gestern hier mit dem dritten zusammengetroffen; das 1. wird erst in einigen Tagen erwartet; sie sind in Ost- und Westpreußen (Marienwerder, Culm, Graudenz, Preußisch Holland) zu Hause. Die andere Hälfte des Regiments, d. h. 400 Mann per Bataillon, wird wahrscheinlich jene Gegenden noch nicht so bald verlassen können, da durch die Bestrebungen der liga polska die südlichen und südöstlichen Theile der Provinz noch immer Preußenfeindlich gesonnen sein sollen. So ist z. B. in Buk, welches bekanntlich im vorigen Jahre als Hauptsammelplatz der Insurgenten vom 18. Infanterie-Regiment mit Hilfe von Artillerie im Sturm genommen wurde, wo auch später die scheußliche meuchelmörderische Ermordung eines Theiles der Garnison stattfand, noch immer so aufgeregt unruhig, daß die dort früher stehende Compagnie des 4. Landwehr-Regiments noch ganz vor Kurzem von ihren Waffen hat Gebrauch machen müssen. Es ist dabei einer der Aufrührer durch den Leib gestochen, einem der Schädel gespalten und außerdem sind 5 leichter verwundet worden. Daher dürfte es wünschenswerth sein, daß diese Gegend, und namentlich Buk selbst, nicht ohne Besatzung bliebe. Zwar sind bei derartigen Straßenkrawallen keine Militärs verwundet worden; leider aber sind die Reihen der Heimkehrenden auf andere Weise gelichtet worden. Die Cholera nämlich, welche auch die Gegenden, in denen das Regiment gestanden, heimgesucht hat, soll dem Regimente eine bedeutende Anzahl Leute entrissen haben. Das eine Bataillon allein hat 16 Choleratodte gehabt. Zu wünschen wäre dabei wohl, daß es Unverheirathete getroffen habe, damit nicht auch Frauen und Kinder um die Dahingeschiedenen jammern.

Verantw. Redakteur: C. H. E. Violet.

Markt-Bericht.

Posen, den 1. Oktober.

Weizen 1 Rthlr. 21 Sgr. 1 Pf. bis 2 Rthlr. Roggen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Thaler. Gerste 24 Sgr. 5 Pf. bis 26 Sgr. 8 Pf. Hafer 13 Sgr. 4 Pf. bis 15 Sgr. 7 Pf. Buchweizen 26 Sgr. 8 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Kartoffeln 9 Sgr. bis 10 Sgr. Heu der Centner zu 110 Pfd. 18 Sgr. bis 22 Sgr. Stroh das Schock zu 1200 Pfd. 4 Rthlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter ein Faß zu 8 Pfund 1 Rthlr. 10 Sgr. bis 1 Rthlr. 15 Sgr.

Berlin, den 1. Oktober.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 50—56 Rtlr. Roggen loco und schwimmend 25—27 Rthlr., pr. Septbr./Oktbr. 25 Rthlr. Br., 24¾ bez. u. G., Oktbr./Novbr. dito, Novbr./Dezbr. 25½ Rthlr. Br., pr. Frühjahr 27½ a 27 Rthlr. Br., 27 bez., 26½ G. Gerste, große loco 24—25 Rthlr., Hafer loco nach Qualität 14½—16 Rthlr., pr. Frühjahr 48pfünd. 16 Rthlr. Br., 50pfd. 17 Rthlr. Br. Rüböl loco 14 5/12 u. 14½ Rthlr. bez., 14½ Br., pr. Septbr. dito, Septbr./Oktober 14⅜ u. 14 5/12 Rthlr. bez., 14 5/12 Br., zuletzt 14⅛ zu haben. Oktbr./Novbr. 14 1/12 Rthlr. bez. u. Br., Novbr./Dezbr. 14 Rthlr. bez. u. Br., Dezbr./Jan. 14 Rthlr. Br., 13⅞ G., Jan./Februar dito, Februar/März 13 5/6 Rthlr. Br., 13¾ G., März/April 13⅔ Rthlr. Br., 13⅝ G., April/Mai 13⅝ Rthlr. Br., 13 13/24 u. 7/12 bez. Leinöl loco 12 Rthlr. bez. u. Br., Lieferung pr. Sept./Okt. — Dezbr. 11¾ Rthlr. Br., 11½ G. Mohnöl 15 Rthlr. Br., 14¾ bez. u. G. Hanföl 13½ Rthlr. Palmöl 12½ Rthlr. Südseethran 12 Rthlr. bez. u. Br.

Spiritus loco ohne Faß 14 Rthlr. verk. u. Br., mit Faß pr. Septbr./Oktbr. 13⅔ Rtlr. Br., 13⅝ bez., 13½ G., Oktbr./Nov./Decbr. 13⅔ Rthlr. Br., pr. Frühjahr 15 Rthlr. bez., Br. u. G.

Berliner Börse.

Den 1. October 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	106¼	105¾
Staats-Schuldscheine	3½	89¼	—
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	101¼	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	85¼
Berliner Stadt-Obligationen	5	103½	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	90	89½
Grossh. Posener "	4	—	—
" "	3½	89¼	88¾
Ostpreussische "	3½	—	94¼
Pommersche "	3½	95	—
Kur- u. Neumärk. "	3½	95½	94¾
Schlesische "	3½	—	94¼
" v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	99½	—
Friedrichsd'or	—	13 7/12	13 1/12
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12 7/12	12 1/12
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	91¾
" Prioritäts-	4	—	94
Berlin-Hamburger	4	76¼	76½
" Prioritäts-	4½	98	97½
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	61
" " Prior. A. B.	4	—	100
" " "	5	—	95
Berlin-Stettiner	4	—	104½
Cöln-Mindener	3½	93¾	93⅝
" Prioritäts-	4½	100½	100¼
Magdeburg-Halberstädter	4	—	—
Niederschles.-Märkische	3½	84¼	84
" Prioritäts-	4	93½	—
" "	5	—	100½
" " III. Serie	5	—	100½
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	106
" " B.	3½	—	102½
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	80	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	—	65¼
Stargard-Posener	3½	—	84½

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Stadt-Theater in Posen.

Mittwoch den 3. Oktober: Zweite große Vorstellung des Herrn Ludwig Winter, Professor und akademischer Künstler der neuesten Phänomene der Egyptischen Magie, nach seiner Erfindung und nach einer ihm allein eigenen Darstellungsweise, unter dem Titel: „Moderne Darstellung scheinbarer Zauberei", oder: „Die Wunder der Magie in humoristisch poetischem Gewande." — Vorher: Die weibliche Schildwache, Liederspiel in 1 Aufzuge nach Lemoine von W. Friedrich, Musik von E. Stiegmann. — Hinz: Herr Pfuntner, vom Stadttheater zu Hamburg.)

Ediktal-Vorladung

der unbekannten Erben der zu Petrikau im Königreich Polen verstorbenen Alexander und Brigitta Sakowskischen Eheleute.

Bei Vertheilung der Woyciech und Elisabeth Szymanskischen Subhastations-Masse sind nach Deckung sämmtlicher Gläubiger 62 Rthlr. 29 Sgr. Bestand, an welchem die unbekannten Alexander Sakowskischen Erben konkurriren, geblieben.

Auf den Antrag des Curator massae, Justiz-Commissarius Gembitzki, ist das Aufgebot der unbekannten Erben der Alexander und Brigitta gebornen Sobiś Sakowskischen Eheleute, und welche an dem Depositalbestande von 62 Rthlr. 29 Sgr. Ansprüche zu haben vermeinen, verfügt worden.

Der Termin zur Anmeldung derselben steht auf den 26sten November 1849 Vormittags um 10 Uhr im hiesigen Gerichts-Lokale vor dem Deputirten Herrn Kammergerichts-Assessor Prin an.

Alle unbekannten Erben der Alexander und Brigitta Sakowskischen Eheleute, deren Erbnehmer, Cessionarien oder wer sonst deren Rechtsnachfolger bezüglich der aufgebotenen Summe geworden ist, werden mit der Aufforderung, sich im oder vor dem Termine zu melden, sich als Erben, resp. deren Rechtsnachfolger zu legitimiren und die darüber sprechenden Dokumente mit zur Stelle zu bringen, und unter der Verwarnung vorgeladen, daß bei ihrem Nichterscheinen diese Special-Masse für ein herrenloses Gut erklärt und der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse zugesprochen werden wird.

Ostrow, den 8. August 1848.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Bomst unter Nr. 32 am Markte belegene brauberechtigte Wohnhaus, nebst Hofraum, Stallung und Garten, mit der demselben im Hypothekenbuche zugeschriebenen Apothekergerechtigkeit, wovon das Haus mit Hofraum, Stallung und Garten auf 2450 Thlr., und die Apothekergerechtigkeit auf 6000 Thlr. taxirt sind — zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe — soll am 26. April 1850 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Wollstein, den 18. August 1849.

Königl. Kreis-Gericht. 1. Abtheilung.

Der Bürgermeister-Posten hierselbst, mit welchem ein jährliches Gehalt von 300 Thlr. und 112 Thlr. Bureau-Kosten verbunden, ist durch die nicht erfolgte Bestätigung des gewählten Bürgermeisters wieder erledigt worden. Beider Landessprachen kundige Bewerber werden hierdurch aufgefordert, sich bis zum 1sten November d. J. unter Einreichung ihrer Qualifikations- und Führungs-Atteste schriftlich postfrei bei uns zu melden.

Samter, den 1. October 1849.

Die Stadtverordneten-Versammlung.

Auktion.

Mittwoch den 3ten k. Mts. früh 9 Uhr werden im hiesigen Train-Depot (Magazinstraße No. 7.) verschiedene für den Königlichen Dienst nicht mehr anwendbare Wagen, Geschirre, Stallsachen, Geräthe von Holz und Metall, altes Eisen, auch wollene Decken, öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verauktionirt.

Posen, den 28. September 1849.

Königl. Train-Depot 5. Armee-Corps.

Wein-Auktion.

Donnerstag den 4ten Oktober Vormittags von 10 Uhr ab, sollen im Auktions-Lokal Friedrichs-Straße No. 30. eine Parthie guter Champagner in Parthieen à 5 und 10 Flaschen, so wie auch süßer Ungarwein öffentlich gegen baare Zahlung versteigert werden. Anschütz.

Auktion.

Freitag den 5. Oktober Vormittags von 10 Uhr ab sollen im Auktions-Lokal Friedrichsstraße No. 30. wegen Wohnortsveränderung mehrere gute und auch ord. Möbels von Mahagoni- und anderem Holze, wobei 1 Servante, Schreibtisch, 1 Bücherschrank, 2 Spiegel mit Goldrahmen ꝛc. befindlich, nebst mehreren anderen Gegenständen zum Gebrauch, öffentlich gegen baare Zahlung versteigert werden. Anschütz.

Die Gesang-Uebungen finden von Mittwoch den 3ten d. im Saale des Hôtel de Saxe statt.

Der Vorstand des Allg. M.-G.-Vereins.

Einem hochzuverehrenden Publikum die ergebenste Anzeige, daß ich meine Konditorei von der Friedrichsstraße nach dem alten Markt No. 88. verlegt habe.

Posen, den 1. Oktober 1849.

J. Kerber.

Meinen bedeutenden Vorrath von Tapeten in den neuesten Dessins empfehle ich zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Nathan Charig,
vormals Beer Mendel, Markt No. 90.

In der Möbelhandlung von **J. M. Plock,** Markt No. 49., werden von heute ab die modernsten Möbel aller Art, worunter Berliner neuester Façon und Spiegel jeder Größe und Qualität **zu bedeutend** herabgesetzten Preisen verkauft.

Posen, den 25. September 1849.

Das Paketschiff „Rhein" wird den 6. Oktober,
" " „Deutschland" " 26. Oktober,
von Hamburg nach New-York expedirt. Ueberfahrtspreis incl. Kopfgeld **nur 30 Rtlr.** Nähere Aufkunft ertheilt auf frankirte Anfragen

der Haupt-Agent Nathan Charig in Posen, Markt 90.

Ende dieser Woche geht von hier nach Berlin ein leerer Möbelwagen, für welchen Effekten zum Transport angenommen werden. Nähere Auskunft bei Herrn Vasalli, Friedrichsstr.-Ecke.

Donnerstag den 4. Okt.

bringe ich per Eisenbahn Netzbrucher Kühe nebst Kälber nach Posen.

Mein Logis ist im Gasthof zum Eichborn Kämmereiplatz. F. Schwandt.

Verschiedenartige Berliner Blumenzwiebeln sind zu haben Mühlenstraße No. 10. bei Günther.

Kunst-Anzeige.

Um dem Wunsche eines geehrten Publikums zu entsprechen, habe ich von heute ab die Zeit, in der meine Ausstellung von tragbaren Glas- und Mode-Artikeln geöffnet seyn wird, von Nachmittags **2 Uhr bis Abends 6 Uhr festgestellt.** Diejenigen Herrschaften, welche mein Kabinet außer diesen Stunden in Augenschein nehmen wollen, bitte ich sich bei mir zu melden. — Mein Logis ist **Lauk's Hôtel de Rôme** No. 14. Entrée 5 Sgr.

Giulio v. Brunfaut, Glaskünstler aus Mailand.

Mein Aufenthalt ist nur bis zum 12. d. Mts.

Heute Mittwoch Hasenbraten und grüne Aale, wozu freundlichst einladet

R. Käselitz, Markt No. 9.

Thermometer- u. Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen, vom 23. bis 29. September.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometerstand.	Wind.
23Sept	+ 5,2°	+ 14,0°	28 3. 2,78.	O.
24. "	+ 5,3°	+ 14,0°	27 " 11,5 "	O.
25. "	+ 8,0°	+ 15,7°	27 " 9,2 "	SO.
26. "	+ 9,7°	+ 12,0°	27 " 8,4 "	SO.
27 "	+ 9,0°	+ 13,8°	27 " 9,5 "	NW.
28. "	+ 1,0°	+ 9,0°	27 " 9,0 "	SW.
29. "	+ 0,0°	+ 7,0°	27 " 8,8 "	SO.